

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat I, Kämmereiamt

Beteiligung:

Betreff:

**Haushaltsjahr 2010:
Jahresabschluss**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	11.07.2012	N	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	25.07.2012	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. *Der Gemeinderat nimmt die Information über den Jahresabschluss 2010 bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Vermögensrechnung (vorläufige Schlussbilanz) zur Kenntnis.*
2. *Der Gemeinderat genehmigt nachträglich die in Anlage 1 aufgeführten über-/außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen.*
3. *Der Gemeinderat nimmt die in das Haushaltsjahr 2011 zu übertragenden Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste) zustimmend zur Kenntnis (Anlage 2).*
4. *Der Gemeinderat stellt die Bildung von Fehlbeträgen und Überträgen ins Folgejahr im Rahmen der Budgetabschlüsse unter Berücksichtigung der in Einzelfällen erfolgten Anrechnungen für die einzelnen Teilhaushalte fest (Anlage 3).*

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Nachträgliche Genehmigung der Bereitstellung von über-/außerplanmäßigen Mitteln im Haushaltsjahr 2010 durch den Gemeinderat
A 02	In das Folgejahr 2011 zu übertragende Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste)
A 03	Budgetabschlüsse 2010
A 04	Vorläufige Schlussbilanz auf den 31.12.2010

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes:

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 1	+	Solide Haushaltswirtschaft Begründung: Mit der Information gemeinderätlicher Gremien über das Ergebnis der Haushaltswirtschaft 2010 sollen die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass den gemeinderätlichen Gremien bei all ihren Entscheidungen die finanzielle Gesamtsituation der Stadtverwaltung Heidelberg ausreichend bekannt ist. Die Kenntnis über die finanzielle Lage der Stadt verhilft dazu, bei allen Entscheidungen die finanziellen Konsequenzen dieser Entscheidungen auch im Hinblick auf eine dauerhafte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt zu bewerten. Bis zum Jahresende 2010 sind nicht erkennbare unabwiesbare Überschreitungen entstanden, die vom Gemeinderat zu genehmigen sind. Die Deckung ist gewährleistet durch entsprechende Minderaufwendungen/-auszahlungen oder Mehrerträge/-einzahlungen im Haushaltsjahr 2010.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

1. Nachträgliche Genehmigung über-/außerplanmäßiger Aufwendungen/ Ausgaben

Soweit Überschreitungen während des Haushaltsjahres 2010 erkennbar wurden, sind sie den zuständigen Organen zur Genehmigung vorgelegt worden. Die bis zum Rechnungsabschluss noch entstandenen unabwiesbaren Überschreitungen, für deren Genehmigung der Gemeinderat zuständig ist, werden mit Deckungsnachweisen und Erläuterungen hiermit zur Genehmigung vorgelegt (**Anlage 1**).

2. Information über den Jahresabschluss 2010

Der Jahresabschluss besteht nach § 92 Absatz 2 GemO aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz.

Am 15.12.2011 haben wir den Gemeinderat über den vorläufigen Jahresabschluss 2010 informiert (DS: 0174/2011/IV) und dabei die zentralen Ergebnisdaten erläutert.

Hier nun das endgültige Jahresergebnis 2010 (ohne Sonderrechnung Bahnstadt und rechtlich selbstständige Stiftungen). Im Vergleich zum vorläufigen Jahresabschluss hat sich insbesondere das Sonderergebnis von bisher +19,4 Mio. € auf +28,7 Mio. € erhöht. Dies ist auf Korrekturen im Anlagevermögen im Zuge der Prüfung der Eröffnungsbilanz zurückzuführen. Die übrigen Positionen blieben im Wesentlichen unverändert.

2.1. Ergebnishaushalt/-rechnung

Gesamtübersicht

Beträge in €

	Plan 2010	Ergebnis 2010	Abweichung
Steuern und ähnliche Abgaben	165.133.000	182.232.298	17.099.298
Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	150.223.330	152.013.958	1.790.628
Sonstige Transfererträge	4.638.000	4.840.625	202.625
Öffentlich-rechtliche Entgelte	51.769.120	50.255.189	-1.513.931
Privatrechtliche Leistungsentgelte	22.845.610	25.049.199	2.203.589
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.648.050	12.473.180	-1.174.870
Zinsen und ähnliche Erträge	7.127.600	10.228.199	3.100.599
Aktiviert Eigenleistungen	1.773.490	2.461.917	688.427
Sonstige ordentliche Erträge	22.819.900	54.073.209	31.253.309
Ordentliche Erträge	439.978.100	493.627.774	53.649.674
Personal- und Versorgungsaufwendungen	146.873.500	126.123.628	-20.749.872
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	75.196.820	71.690.877	-3.505.943
Planmäßige Abschreibungen	26.290.800	36.859.686	10.568.886
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.920.000	8.852.613	932.613
Transferaufwendungen	159.351.140	162.012.936	2.661.796
Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.131.740	44.876.700	3.744.960
Ordentliche Aufwendungen	456.764.000	450.416.440	-6.347.560
Ordentliches Ergebnis	-16.785.900	43.211.334	59.997.234
Außerordentliche Erträge	0	35.924.586	35.924.586
Außerordentliche Aufwendungen	0	7.215.966	7.215.966
Sonderergebnis	0	28.708.620	28.708.620
Gesamtergebnis	-16.785.900	71.919.954	88.705.854

Die Ertrags- und Aufwandsarten werden nachfolgend detailliert dargestellt und erläutert.

2.1.1. Ordentliche Erträge

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Grundsteuer A und B (3011/3012)	25,115	24,461	-0,654

Im Doppelhaushalt 2009/2010 lagen die Hebesätze der Grundsteuer A und B unverändert bei 250 v. H. bzw. 470 v. H..

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gewerbsteuer (3013)	68,000	92,469	+24,469

Der Hebesatz für die Gewerbsteuer blieb unverändert bei 400 v. H..

Grund für das herausragend gute Ergebnis 2010 waren wie bereits 2009 hohe Nachzahlungen für Vorjahre. Allein bei einem Gewerbesteuerfall ergaben sich Nachzahlungen von rund 10,3 Mio. €. Gegenrechnen muss man zudem die Forderungsabsetzungen in Höhe von 1,2 Mio. €, die bei den Aufwendungen gebucht werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (3021)	57,430	49,815	-7,615

Im Haushaltserlass 2009, auf dessen Basis wir im Rahmen des Doppelhaushalts 2009/2010 den Ansatz 2010 gebildet haben, wurde der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für 2010 vorläufig auf 4,576 Mrd. € festgelegt. Nach den Ergebnissen der Steuerschätzungen vom November 2008 und Mai 2009 war im Haushaltserlass 2010 eine Korrektur auf 3,6 Mrd. € erforderlich. Aufgrund der schneller als erwartet einsetzenden wirtschaftlichen Erholung wurde dieser Wert dann im Haushaltserlass 2011 auf 3,7 Mrd. € nach oben korrigiert.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (3022)	8,420	8,229	-0,191

Wie sich bereits in 2009 gezeigt hat, ist der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer aufgrund der stabilen Entwicklung des Konsums auch in 2010 bundesweit stabil. Dies bedeutet aber gleichzeitig, dass in Zusammenhang mit der konjunkturellen Erholung keine allzu deutliche Steigerung des Aufkommens zu erwarten ist.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sonstige Gemeindesteuern (303)	0,898	1,128	+0,230

In den sonstigen Steuern enthalten sind die Erträge aus der Vergnügungssteuer, der Hundesteuer, der Jagdsteuer sowie der Zweitwohnungssteuer.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Familienleistungsausgleich (3051)	4,370	5,651	+1,281

Veränderte Anteile für Baden-Württemberg bei der Umsatzsteuer nach dem Länderfinanzausgleich hatten in der Konsequenz Mehrerträge der Kommunen im Rahmen des Familienlastenausgleichs zur Folge.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeld) (3052)	0,900	0,479	-0,421

Im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) entfallen auch die Wohngeldzahlungen des Landes. Die nach (Vorweg)Abzug von Umsatzsteueranteilen für die „Ost-Länder“ verbleibende Entlastung des Landes wird anteilig an die Kommunen weitergeleitet. Die Mindererträge ergeben sich durch Rückzahlung zu viel erhaltener Abschlagszahlungen in 2009 bzw. daraus resultierenden geringeren Abschlagszahlungen in 2010.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Schlüsselzuweisungen (FAG) (3111)	98,760	92,308	-6,452

Grundlage für den Haushaltsplanansatz 2010 bei den Schlüsselzuweisungen vom Land war eine prognostizierte Steuerkraftsumme für 2008 i.H.v. 221 Mio. €. Tatsächlich betrug sie insbesondere durch die positive Gewerbesteuerentwicklung Heidelbergs in 2008 233 Mio. €, was geringere Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft zur Folge hatte.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sonstige allgemeine Zuweisungen (313/315)	12,330	13,953	+1,623

Die Planabweichung resultiert in erster Linie aus Mehrerträgen bei der Grunderwerbsteuer. Der Haushaltsansatz 2010 wurde auf der Basis der Rechnungsergebnisse der Vorjahre gebildet. Wie die Erfahrungen der Vorjahre zeigen, schwankt das Aufkommen bei der Grunderwerbsteuer von Jahr zu Jahr sehr stark, so dass es hier immer wieder zu Planabweichungen kommt.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (314)	32,128	35,844	+3,716

Mehrerträge ergaben sich insbesondere beim Kindergartenlastenausgleich und bei der Tagespflege (+1,6 Mio. €) aufgrund des verbesserten Platzangebots, bei den Ausgleichsleistungen des Bundes aufgrund deutlicher gesteigener Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+300 T€) sowie aufgrund höherer Zuschüsse für das Theater (+500 T€).

Weitere Mehrerträge ergaben sich bei den Zuschüssen des Landes für die Betreuung im Rahmen der verlässlichen Grundschule und an Ganztagesesschulen (+240 T€) sowie bei den Sachkostenbeiträgen (+90 T€).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Bundes für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (319)	5,29	5,211	-0,079

Der Bund beteiligt sich nur noch mit 27 % an den Kosten der Unterkunft. Der Planansatz beruhte noch auf einer Bundesbeteiligung i.H. von 29,4 %. Dennoch konnte der Ansatz nahezu erreicht werden, da die Aufwendungen der Stadt Heidelberg für die Kosten der Unterkunft mit 19,29 Mio. € den Planansatz mit 18 Mio. € deutlich überstiegen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Ersatz sozialer Leistungen (321/322/329)	4,638	4,841	+0,203

Die Mehrerträge entstanden in erster Linie bei den Kostenersatz für Jugendhilfeleistungen (+295 T€) aufgrund von erhöhten Kostenbeitragstabellen und einer damit verbundenen stärkeren Heranziehung der zum Kostenersatz pflichtigen Personen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Öffentlich-rechtliche Entgelte (331/332)	51,398	49,212	-2,186

Bei den Abwassergebühren konnten die Planansätze nicht erreicht werden (-2,4 Mio. €). Die Gebührensenkung zum Haushaltsjahr 2009 schlug sich erstmals vollumfänglich nieder. Zusätzlich wurde aufgrund der Gebührenüberdeckung aus den Vorjahren eine Gebührenrückstellung i.H.v. 2,1 Mio. € gebildet, die das Ergebnis verschlechtert.

Durch die erforderliche Rechnungsabgrenzung der Grabnutzungsgebühren für die Jahre 2007-2010 kam es im Bereich Friedhof zu Mindererträgen von 1,6 Mio. €.

Mehrerträge gab es hingegen bei den Baugenehmigungsgebühren (1,3 Mio. €) insbesondere durch die rege Bautätigkeit in der Bahnstadt, beim Kartenverkauf des Theaters (+250 T€), bei den Standesamtsgebühren aufgrund einer Gebührenerhöhung (+188 T€) und bei den Elternentgelten für die Betreuung an Schulen (+150 T€) durch ein ausgeweitetes Betreuungsangebot.

Im Bereich der Abfallwirtschaft wurde eine Auflösung der Gebührenrückstellung i.H.v. 2,2 Mio. € vorgenommen, die dort zu einer Verbesserung des Ergebnisses führte.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erträge aus Mieten und Pachten, Verkauf und sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten (341/342/346)	22,846	25,049	+2,203

Beim Amt für Liegenschaften entstanden Mehrerträge von rund 700 T€ aufgrund von Mehrerträgen bei den Mieten und Pachten, die durch Miet- und Pächterhöhungen, zusätzliche Abschlüsse von Miet- und Pachtverträgen und zusätzliche Mietverrechnungen bedingt waren, sowie bei Erbbauzinsen.

Die Ausweitung auf 10 Angebotsstunden bei den Kitas führte zu höheren Benutzungsentgelten (+228 T€); entsprechend entstanden aber auch höhere Aufwendungen. Daneben erhöhten sich die Teilnehmer am Mittagstisch insbesondere an der IGH und der Grundschule Emmertsgrund, was ebenfalls zu höheren Erträgen (und Aufwendungen) führte (+188 T€). Ein Sturmschaden an der Gutenbergschule führte zu außerplanmäßigen Schadenersätzen von 78 T€.

Mehrerträge von im Saldo rund 500 T€ beim Amt für Abfallwirtschaft resultieren im Wesentlichen aus Mehrerträgen in der Abfallwirtschaft von 2,1 Mio. € und Mindererträgen bei den Zentralwerkstätten von 820 T€ (Verschiebung zu den Erträgen aus interner Leistungsverrechnung) und der Tankstelle von 700 T€.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erträge aus Erstattungen (348/3521)	13,648	12,473	-1,175

Bei den Kostenerstattungen für abgeordnete Mitarbeiter/-innen korrespondieren Minderaufwendungen und Mindererträge. Mehr abgeordnete Mitarbeiter/-innen als geplant haben sich entschieden, die Abordnung zu beenden und unmittelbar für die entsprechende Gesellschaft (insbesondere AZV) zu arbeiten. Die Aufwendungen und die Erträge blieben dadurch jeweils um 1,4 Mio. € unter dem Ansatz.

Im Bereich der Abfallwirtschaft waren Erträge bei Erstattungen geplant, die im Ergebnis bei „privatrechtlichen Leistungsentgelten“ verbucht wurden (-1,9 Mio. €).

Zu Mehrerträgen (+250 T€) kam es im Sozialbereich u. a. durch einen deutlichen Anstieg der Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG (Flüchtlinge) von 173 Personen in 2009 auf 257 in 2010. Entsprechend erhöhten sich die Erstattungsleistungen des Landes sowie die Erstattungen von vorrangig zur Zahlung verpflichteten Sozialleistungsträgern.

Da auch die Pensions- und Beihilferückstellungen für abgeordnete Mitarbeiter/-innen aufgelöst wurden, haben sich auch die Rückforderungen gegenüber den städt. Gesellschaften reduziert. Dies führte zu Mehrerträgen bei den Erstattungen von 1,3 Mio. €.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Konzessionsabgabe (351)	8,283	7,623	-0,660

Die Konzessionsabgabe orientiert sich an der Entwicklung bei den Stadtwerken Heidelberg.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zinserträge (361)	0,948	1,526	+0,578

Aufgrund einer ganzjährig guten Kassenliquidität sowie jahresübergreifender Zinsbuchungen konnte trotz weiterhin niedriger Zinsen der Ansatz deutlich überschritten werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Bußgelder, Säumniszuschläge, sonstige Finanzerträge (356/359/363/365/369)	6,216	8,702	+2,486

Die Verzinsung von Steueransprüchen aus Gewerbesteuernachzahlungen unterliegt Schwankungen, die nicht voraussehbar und auch nicht zu beeinflussen sind. In diesem Fall entstand ein Mehrertrag von rund 1,4 Mio. €, der u. a. auf hohe Gewerbesteuernachzahlungen für Vorjahre zurückzuführen ist (siehe hierzu auch Erläuterungen bei der Gewerbesteuer). Darüber hinaus kam es bei den Buß- und Verwarnungsgeldern der stationären Geschwindigkeitsüberwachung sowie den allgemeinen Ordnungswidrigkeiten zu Mehrerträgen von rund 1,2 Mio. €. Ursache für die Ertragssteigerung sind leicht gestiegene Fallzahlen, eine bessere Bildverwertung aufgrund des Umstiegs auf digitale Überwachungsgeräte sowie die Erhöhung der Bußgeldsätze.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen (371)	1,773	2,462	+0,689

Hierbei handelt es sich um Leistungen, die u.a. das Gebäudemanagement, die Regiebetriebe Gartenbau und Straßenunterhaltung sowie die Werkstätten für investive Maßnahmen des Finanzhaushalts erbringen und so das Anlagevermögen erhöhen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Auflösung von Zuweisungen für Investitionen (316)	1,716	4,699	+2,983
Auflösung von Beiträgen für Investitionen (337)	0,371	1,043	+0,672
Auflösung sonstige Sonderposten (357)	0	0,677	+0,677

Im Ansatz 2010 wurden bei den Abschreibungen und Auflösungsbeträgen der Zuschüsse systembedingt nicht die vollständigen Beträge ermittelt. Im Vollzug wurde dies entsprechend korrigiert, was zwangsläufig zu den Abweichungen führte.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (358)	14,5	45,773	+31,273

Aufgrund des überdurchschnittlich guten Ergebnisses bei der Gewerbesteuer in 2008 haben wir aufgrund der zeitversetzten Systematik des FAG in 2010 Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen vom Land und gleichzeitig Mehraufwendungen bei der FAG-Umlage erwartet. Daher haben wir in 2008 eine Rückstellung für künftige Belastungen im Rahmen des Finanzausgleichs gebildet, die nun in 2010 entsprechend aufgelöst wurde. Sie entlastet das ordentliche Ergebnis i. H. v. 21,83 Mio. €.

Darüber hinaus sind aufgrund einer Rechtsänderung die Pensions- und Beihilferückstellungen ab 2010 nicht mehr bei der Stadt sondern unmittelbar beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) zu bilden. Entsprechend konnten die bisher aus dem städtischen Haushalt gebildeten Rückstellungsbeträge aufgelöst werden, was zu einer Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses i.H.v. netto 18,4 Mio. € führt.

Die im Zuge der Aufstellung der Eröffnungsbilanz zu hoch gebildete Deponierückstellung wurde in 2010 durch eine Auflösung i.H.v. 4,2 Mio. € verringert.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Ordentliche Erträge gesamt	439,978	493,628	+53,650

2.1.2. Ordentliche Aufwendungen

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Personal- und Versorgungsaufwendungen (400/411)	146,873	126,124	-20,749

Zum 01.01.2010 wurde die Verordnung des Innenministeriums Baden-Württembergs über die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung – GemHVO) neu erlassen. Dabei entfiel auch die Pflicht für die Kommunen, Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen künftiger Jahre zu bilden; die Ansammlung dieser Rückstellungen obliegt jetzt dem Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) zentral für alle Kommunen in Baden-Württemberg.

Im Haushaltsplan 2010 waren – auf Basis früherer Verordnungsentwürfe – hierfür noch insgesamt 17,9 Mio. € enthalten, die dadurch entbehrlich wurden.

Gleichzeitig sind auch die bei den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen veranschlagten Erträge in Höhe von 14,5 Mio. € aus der Auflösung entsprechender Pensions- und Beihilferückstellungen (tatsächliche Zahlung der Versorgungsumlage an den KVBW) entfallen, so dass im Saldo eine Verbesserung in Höhe von 3,4 Mio. € für den städtischen Haushalt (nicht bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen) entstand.

Bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen ist es durch eine restriktive Personalwirtschaft gelungen, den Planansatz um 2,85 Mio. € zu unterschreiten. Die Einsparbemühungen wurden durch einen geringeren Tarifabschluss als geplant etwas begünstigt. Dagegen verursachten die neue Entgeltordnung im Erzieherbereich sowie die Tarifabschlüsse im Orchesterbereich erheblich höhere Kosten als veranschlagt.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Unterhaltung des unbeweglichen und beweglichen Vermögens (421/422)	17,553	17,791	+0,238

Als anteiliger Konsolidierungsbeitrag für den Gesamthaushalt konnten die Ansätze nicht in voller Höhe zur Bewirtschaftung freigegeben werden. Dies führte insbesondere bei der Gebäudeunterhaltung zu Minderaufwendungen von 0,8 Mio. €. Darüber hinaus kam es in den Bereichen Abfallwirtschaft und Unterhaltung Grünanlagen zu Minderaufwendungen. Zu Mehraufwendungen von 1,9 Mio. € kam es hingegen durch den Übergang der Straßenbeleuchtung an die Stadtwerke, da sowohl die Energiekosten als auch die entstandenen Abschreibungen im Rahmen der Pauschalvergütung des Straßenbeleuchtungsvertrages abgerechnet werden (vgl. auch Erläuterung bei „Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen“). Dem gegenüber stehen Minderaufwendungen durch eine sparsame Bewirtschaftung bei den Unterführungen, Brücken, Stützwänden und Kanälen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Mieten und Pachten (423)	6,780	6,087	-0,693

Die Minderaufwendungen von rund 275 T€ bei den Mieten im Sozialbereich resultieren insbesondere aus der Aufgabe von teuer angemieteten dezentralen Unterkünften nach Fertigstellung der von der GGH errichteten Neubauten im Mörgelgewann 17/2-17/4. Darüber hinaus waren Mietaufwendungen für Flüchtlinge planmäßig hier veranschlagt, mussten aber bei den Transferaufwendungen verbucht werden.

Geringere Mietzahlungen für die Neue Feuerwache für die Jahre 2007-2010 führten zu einer Planabweichung von rund 290 T€.

Im Bereich der Abfallwirtschaft mussten weniger Leihfahrzeuge (-120 T€) als geplant angemietet werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Grundstücksbewirtschaftung (424)	12,358	11,860	-0,498

Bei der Gebäudebewirtschaftung ist es gelungen, bei einem Rechnungsergebnis von 11,86 Mio. € den Planansatz um 498 T€ zu unterschreiten.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Haltung von Fahrzeugen (425)	1,848	1,739	-0,109

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte (426)	1,175	1,055	-0,120

Hier werden in erster Linie Aufwendungen für Aus- und Fortbildungen, für Dienst- und Schutzkleidung sowie für persönliche Ausrüstungsgegenstände gebucht.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (427-429)	35,483	33,158	-2,325
Geschäftsaufwendungen und sonstige ordentliche Aufwendungen (441-444/449)	9,458	11,181	+1,723

Bei den Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen wirkt sich die eingeschränkte Mittelfreigabe besonders deutlich aus. Hier haben die Ämter die verwaltungsinternen Einsparziele bei einer Vielzahl von kleineren und größeren Einzelansätzen erfolgreich umgesetzt. Daneben kam es durch folgende Vorgänge zu Abweichungen:

Durch den Übergang der Straßenbeleuchtung an die Stadtwerke kam es zu Minderaufwendungen in Höhe von 1,2 Mio. €, da diese im Rahmen der Pauschalvergütung des Straßenbeleuchtungsvertrags unter der Position „Unterhaltung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens“ abgerechnet werden.

Mehraufwendungen von 900 T € entstanden hingegen beim Theater, da verstärkt Gastregisseure und -schauspieler eingesetzt wurden; entsprechend wurden weniger Mittel bei den Personalaufwendungen benötigt.

Minderaufwendungen von 250 T € entstanden im Kulturbereich durch nicht verbrauchte Mittel beim Projekt „Jugendraumkonzept Bahnbetriebswerk“, die nach 2011 übertragen wurden.

Bei den „Sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ sind Mehraufwendungen von 370 T € im Sozialbereich durch die Bildung von zwei Rückstellungen aufgrund anhängiger Sozialgerichtsverfahren entstanden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (431)	42,518	39,051	-3,467

Der Gemeinderat hat 2009 beschlossen, die Restrukturierungsmaßnahmen des SWH-Konzerns in 2009 überplanmäßig als Vorgriff auf die Zahlungen in 2010 mit 3,9 Mio. € zu unterstützen. Dies führte zu Minderaufwendungen in gleicher Höhe im Jahr 2010.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Schuldendiensthilfen (Wohnungsentwicklungsprogramm) (432)	1,500	1,289	-0,211

Für barrierefreie Maßnahmen und Eigentumsförderung bestanden zum Jahresende noch Verpflichtungen aus noch nicht abgerechneten Förderzusagen. Hierfür wurde ein Haushaltsrest gebildet.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sozialtransferaufwendungen (433)	53,895	52,841	-1,054

Durch konsequentes Fallmanagement konnte bei der Sozialhilfe das Vorjahresergebnis nochmals um 700 T € unterschritten werden. Die erwarteten Fallzahlensteigerungen insbesondere bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung traten (noch) nicht ein.

Mehraufwendungen von 744 T € entstanden aufgrund der großen Nachfrage bei den neuen Leistungen im Rahmen des Heidelberg-Pass-Plus wie die Übernahme von Essensentgelten in Kitas und die Beitragsfreiheit im letzten Kita-Jahr.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gewerbsteuerumlage (4341)	11,900	16,011	+4,111

Die positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer führte zu einer entsprechend höheren Umlagebelastung.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
FAG-Umlage (4371)	48,940	51,510	+2,570

Aufgrund des überdurchschnittlich guten Ergebnisses bei der Gewerbesteuer 2008 erhöhte sich die maßgebende Steuerkraftsumme; entsprechend kam es zu Mehraufwendungen bei der FAG-Umlage.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Umlage KVJS (43722)	0,530	0,562	+0,032
Ausgleichszahlung nach § 22 FAG (43729)	0	0,660	+0,660
Allgemeine Zuweisungen und Sonstige Umlagen (435/4373)	0,068	0,089	+0,021

Für die in 2005 übernommenen Aufgaben der Landeswohlfahrtsverbände wurde eine Ausgleichsregelung mit dem Land getroffen. Bisher haben wir für diesen Bereich stets Ausgleichsleistungen erhalten; in 2010 mussten wir allerdings aufgrund unserer Steuerstärke aus 2008 erstmals Zahlungen leisten. Dieser Trend wird sich in auch 2011 fortsetzen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erstattungen für Aufwendungen für Dritte (445)	13,064	13,632	+0,568

Nach Abzug der Erstattung aus der Abrechnung des Vorjahres überschritt der Aufwandsersatz an den AZV die Planansätze des Haushaltes (+190 T€). Mehraufwendungen entstanden zudem durch die Abrechnung der Dienstleistung „Koordinationsstelle ÖPNV“ an die HSB (+180 T€).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Leistungsbeteiligung des Bundes für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (446)	18,610	20,064	+1,454

Gebucht werden hier die anfallenden Kosten der Unterkunft für den Personenkreis der Arbeitssuchenden nach SGB II (Hartz IV). Ursachen für den Mehraufwand sind insbesondere gestiegene Mietnebenkosten. Der Bund beteiligt sich anteilig an diesen Aufwendungen (vgl. auch Erläuterungen zu Kontengruppe 319).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zinsaufwendungen (451/453)	7,520	6,114	-1,406

Bei den Kreditneuaufnahmen profitierten wir von dem aktuell günstigen Zinsniveau, so dass es im Vergleich zum Plan zu Minderaufwendungen kam. Daneben wurden spezielle Kreditprogramme in Anspruch genommen, deren Abruf zum Teil erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt. Zusätzlich konnten wir aufgrund des Kassenbestandes und des teilweise verzögerten Mittelabflusses die Kredite erst zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch nehmen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sonstige Finanzaufwendungen (459)	0,4	2,739	+2,339

Mehraufwendungen ergaben sich bei der Verzinsung von Steueransprüchen (insb. Gewerbesteuer). Die Verzinsung unterliegt Schwankungen, die nicht voraussehbar und auch nicht zu beeinflussen sind.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Bilanzielle Abschreibungen (47)	26,291	36,859	+10,568

Die Abschreibungen aus dem neu erfassten und bewerteten Vermögen, insbesondere des Infrastrukturvermögens, der Grünanlagen und Wohngebäude im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz, lagen bei der Planaufstellung 2009/10 noch nicht vor und konnten daher erst im Ergebnis berücksichtigt werden (+ 8,8 Mio. €).

Daneben werden hier uneinbringliche Forderungen gebucht (Erlass/Niederschlagung von Gebühren, Säumniszuschlägen, Steuern), die nicht planbar sind. Allein bei der Gewerbesteuer mussten Forderungen i.H. v. 1,2 Mio. € niedergeschlagen/erlassen werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Ordentliche Aufwendungen gesamt	456,764	450,416	-6,348

2.1.3. Außerordentliche Erträge

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Außerordentliche Erträge (50/531)	0	35,925	35,925

Korrekturen im Anlagevermögen (insbesondere im Bereich Straßen) führten im Zuge der Prüfung der Eröffnungsbilanz zu außerordentlichen Erträgen von 27,2 Mio. €.

Darüber hinaus ist der Buchgewinn aus Grundstücksverkäufen (1,65 Mio. €) und aus der Bewertung öffentlicher Flächen im Rahmen der Baulandumlegung „Im Bieth“ (2,26 Mio. €) sowie die buchhalterische Abwicklung eines Landeszuschusses für das Theater aus Vorjahren (1,30 Mio. €) hier nachgewiesen.

Die Einnahmen aus der Abwicklung der Baulandumlegung „Im Bieth“ (3,5 Mio. €) wurden ebenfalls als außerordentlicher Ertrag gebucht.

2.1.4. Außerordentliche Aufwendungen

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Außerordentliche Aufwendungen (51/532)	0	7,216	7,216

Korrekturen im Anlagevermögen (insbesondere im Bereich Straßen) führten im Zuge der Prüfung der Eröffnungsbilanz zu außerordentlichen Aufwendungen von 3,8 Mio. €.

Darüber hinaus sind die Buchverluste aus Grundstücksverkäufen (0,4 Mio. €) und aus der Bewertung öffentlicher Flächen im Rahmen der Baulandumlegung „Im Bieth“ (0,4 Mio. €) sowie der Verlustausgleich 2009 zugunsten der Stadtwerke Heidelberg GmbH von 2,1 Mio. € hier ausgewiesen.

Die Ausgaben aus der Abwicklung der Baulandumlegung „Im Bieth“ (0,5 Mio. €) wurden ebenfalls als außerordentlicher Aufwand gebucht.

2.1.5. In das Folgejahr zu übertragende Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste)/ Budgetüberträge

Im Ergebnishaushalt wurden Mittel in Höhe von 1.069.600 € in das Folgejahr übertragen (**Anlage 2**). Im Gegensatz zur Kameralistik belasten diese Überträge nicht mehr das Jahr 2010 sondern das Jahr, in dem die Aufwendungen tatsächlich erfolgen (Ressourcenverbrauchsprinzip).

Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden zudem für die einzelnen Ämter Budgetabschlüsse im Saldo von rund 5,1 Mio. € erstellt. Diese Budgetabschlüsse beziehen sich grundsätzlich auf die von den Ämtern beeinflussbaren Aufwandspositionen und – bei Zuschussbudgetierungen – auch auf die beeinflussbaren Erträge, wobei in Einzelfällen unterjährige Veränderungen der Rahmenbedingungen berücksichtigt wurden. Insbesondere die vom Betrag her nennenswerten Jahresüberträge sind häufig zu einem großen Teil durch erteilte Aufträge, laufende Projekte oder präventive Maßnahmen gebunden. In der **Anlage 3** wird detailliert über die Budgetabschlüsse der einzelnen Teilhaushalte sowie über die vorgenommenen Anrechnungen im Rahmen der Ermittlung der Budgetabschlüsse berichtet.

2.2. Finanzhaushalt/-rechnung

Gesamtübersicht

Beträge in €

	Plan 2010	Ergebnis 2010	Abweichung
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	421.618.270	444.782.840	23.164.570
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	412.573.200	415.206.877	2.633.677
Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts	9.045.070	29.575.963	20.530.893
Investitionszuwendungen	4.017.800	7.922.742	3.904.942
Investitionsbeiträge	7.200.000	54.784	-7.145.216
Veräußerung von Sachvermögen	7.725.000	3.184.186	-4.540.814
Veräußerung Finanzvermögen	0	33.807.000	33.807.000
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	963.731	963.731
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	18.942.800	45.932.443	26.989.643
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	7.700.000	5.081.234	-2.618.766
Baumaßnahmen	42.729.560	35.970.257	-6.759.303
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	6.733.160	24.593.831	17.860.671
Erwerb von Finanzvermögen	0	14.715.600	14.715.600
Investitionsförderungsmaßnahmen	9.573.550	9.053.569	-519.981
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	66.736.270	89.414.491	22.678.221
Saldo aus Investitionstätigkeit	-47.793.470	-43.482.048	4.311.422
Finanzierungsmittelfehlbetrag/-überschuss	-38.748.400	-13.906.085	24.842.315
Kreditaufnahmen / Restkaufpreisschulden / Umschuldungen	35.681.190	19.469.807	-16.211.383
Tilgung von Krediten / Umschuldungen	10.930.000	3.360.934	-7.569.066
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	24.751.190	16.108.873	-8.642.317
Änderung des Finanzierungsmittelbestands	-13.997.210	2.202.788	16.199.998
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0	65.220.136	65.220.136
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0	76.072.039	76.072.039
Haushaltsunwirksame Vorgänge	0	-10.851.903	-10.851.903
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	19.967.210	66.608.753	46.641.543
Veränderung Zahlungsmittelbestand	-13.997.210	-8.649.115	5.348.095
Endstand an Zahlungsmitteln	5.970.000	57.959.638	51.989.638

Im Folgenden werden die Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushalts detailliert dargestellt.

2.2.1. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Investitionszuwendungen	4,018	7,923	+3,905

Im Schulbereich gab es sowohl durch Schlusszahlungen für bereits fertiggestellte Maßnahmen als auch durch die Förderung im Rahmen des Konjunkturpakets II Mehreinzahlungen i. H. v. rund 5,0 Mio. €.

Verzögerungen bei der Umsetzung von Baumaßnahmen im Tiefbaubereich (insbesondere Speyerer Straße) führten hingegen zu geringeren Investitionszuwendungen (-0,6 Mio. €).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Investitionsbeiträge	7,200	0,055	-7,145

Verzögerungen bei der Vermarktung des neuen Baugebietes „Im Bieth“ führten zu zeitlichen Verschiebungen bei den Erschließungsbeiträgen. Diese werden erst 2011 ff. eingehen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Veräußerung von Sachvermögen	7,725	3,184	-4,541

Die Mindereinnahmen sind bedingt durch Grundstücksverkäufe, die in 2010 nicht mehr kassenwirksam abgewickelt werden konnten sowie durch Korrekturbuchungen in der Anlagenbuchhaltung im Zusammenhang mit der Abwicklung des Umlegungsverfahrens beim Neubaugebiet „Im Bieth“.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Veräußerung von Finanzvermögen	0	33,807	+33,807

Einzahlungen aus der Übertragung von städtischen Geschäftsanteilen der Stadtwerke-Netze GmbH an die Stadtwerke im Zusammenhang mit der Einrichtung des Eigenbetriebs Stadtbetriebe Heidelberg.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0,964	+0,964

Hierbei handelt es sich u.a. um Rückflüsse von Darlehen. Bei der Planaufstellung wurden diese noch den „Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit“ zugeordnet (+378 T€).

Im Bereich Tiefbau/Abwasserbeseitigung kam es zu nicht geplanten Einzahlungen, da zum einen die Maßnahme „Peterstaler Kanal“ an den AZV übertragen wurde und die bisher angefallenen Auszahlungen rückabgewickelt wurden. Zum anderen erhielten wir bei der Maßnahme „Uferböschung Stadthalle“ Schadenersätze für nicht durch die Stadt verursachte Mehraufwendungen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gesamt	18,943	45,933	+26,990

2.2.2. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	7,700	5,081	-2,619

Hauptgrund für die Minderauszahlungen ist die Verzögerung bei der Abrechnung der Erschließungsbeiträge für die städtischen Gewerbegrundstücke im Neubaugebiet „Im Bieth“. Die Abrechnung wird im Folgejahr durchgeführt.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Baumaßnahmen	42,730	35,970	-6,760

Zu deutlichen Minderauszahlungen kam es im Bereich Tiefbau bei den Maßnahmen „Speyerer Straße“, „Erschließung im Bieth“ und „Stadt an den Fluss“. Verschoben wurde die Maßnahme „Hilsbacher Weg“. Die Maßnahme „Entlastungskanal Peterstaler Straße“ wird entgegen der Planung nicht im städtischen Haushalt abgewickelt, sondern vom Abwasserzweckverband durchgeführt. Durch Vorziehen bzw. Verschieben von Maßnahmen entstanden hingegen Ausgaben, die im Planansatz 2010 nicht berücksichtigt waren („Ziegelhäuser Landstraße“, „Rohrbacher Straße“, „Stützmauern Ziegelhausen“, „Tiefgarage Friedrich-Ebert-Platz“).

Einen Schwerpunkt bei den Baumaßnahmen bildete der Schulbereich (Plan 13,4 Mio. €).

Kassenwirksam verausgabt wurden sogar 15,4 Mio. €, da Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets neu hinzu kamen oder schneller als geplant durchgeführt werden konnten (u.a. Bürgersaal Emmertsgrund, Sanierung Pestalozzischule, Dachsanierung Mönchhof/Keplerschule, Fröbelschule, Werkstattsanierung Carl-Bosch-Schule). Die Auszahlungen für die Sanierung der Technikzentrale im Gesamtkomplex Schule/Bürgerhaus Emmertsgrund erfolgten nicht wie ursprünglich geplant in 2009, sondern in 2010, so dass es in 2010 zu Mehrausgaben von rund 900 T€ kam.

Aufgrund der komplexen Planung hat sich der Neubau des Sportzentrums Mitte hingegen verzögert. Hierfür waren in 2010 bereits Mittel von rund 1,2 Mio. € eingestellt. Da die Sanierung der IGH als ÖPP-Projekt erfolgt, wurden die veranschlagten Mittel im Finanzhaushalt größtenteils nicht in Anspruch genommen (-1,2 Mio. €).

Die Erweiterung des Turnzentrums (600 T€), die Instandsetzung der Sporthalle Klingenteich (865 T€) und die Sanierung des Philosophenweges (790 T€) wurden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	6,733	24,594	+17,861

Der Eigenbetrieb Stadtbetrieb Heidelberg wurde insgesamt mit einem Stammkapital von 22,2 Mio. € ausgestattet. Neben einer Sacheinlage (2,5 Mio. € aus dem Bereich Tiefgaragen) wurden Finanzmittel von 19,7 Mio. € übergeben.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erwerb von Finanzvermögen	0	14,716	+14,716

Erhöhung der Kapitalrücklage an die SWH GmbH von 14,2 Mio. € im Zusammenhang mit der Einrichtung des Eigenbetriebs Stadtbetrieb Heidelberg.
Zusätzlich erfolgt hier nach einer Klarstellung der Zuordnungsvorschriften die Auszahlung von gewährten Darlehen an Dritte (0,5 Mio. €). Geplant wurden die Beträge noch unter „Gewährung von Darlehen“ im Bereich „Finanzierungstätigkeit“.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Investitionsförderungsmaßnahmen	9,574	9,054	-0,520

Bei den Investitionszuschüssen für Kitas kam es zu Mehrauszahlungen i. H. v. 650 T€, da die im Vorjahr bewilligten Zuschüsse erst verzögert durch die Zuschussempfänger abgerufen wurden. Im Vorjahr wurden hierfür Haushaltsreste gebildet.

Zu Minderauszahlungen kam es durch den verzögerten Mittelabfluss bei der Förderung von Modernisierungsmaßnahmen an Altenpflegeheimen (-1 Mio. €). Hierfür wurden Haushaltsreste gebildet.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gesamt	66,737	89,415	+22,678

2.2.3. In das Folgejahr zu übertragende Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste)

Im Finanzhaushalt wurden Mittel in Höhe von 25,6 Mio. € in das Folgejahr übertragen (**Anlage 2**). Davon entfallen auf Baumaßnahmen rund 22 Mio. €. Für Vermögensbeschaffungen wurden Haushaltsreste in Höhe von rund 3,6 Mio. € gebildet. Im Gegensatz zur Kameralistik belasten diese Überträge nicht mehr das Jahr 2010 sondern das Jahr, in dem die Auszahlungen tatsächlich erfolgen (Ressourcenverbrauchsprinzip).

2.2.4. Einzahlungen / Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Umschuldungen	7,880	1,072	-6,808

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Kreditaufnahmen	27,191	18,398	-8,793
Darlehensrückflüsse	0,610	0	-0,610

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Tilgung von Krediten	3,050	2,289	-0,761

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	24,751	16,109	-8,642

Im Berichtsjahr erfolgten Kreditneuaufnahmen auf dem Kapitalmarkt in Höhe von 18,4 Mio. €. Der Schuldenstand (einschließlich Restkaufpreisschulden, ohne Verbindlichkeiten aus dem ÖPP-Projekt IGH) zum 31.12.2010 hat 164,4 Mio. € betragen, das entspricht 1.122 € je Einwohner. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme die positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer noch nicht in diesem Umfang absehbar war. Daher musste unterjährig noch von einem größeren Finanzierungsmittelfehlbetrag ausgegangen werden; gleichzeitig wurde das niedrige Zinsniveau genutzt. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass im Zuge der Gründung des Eigenbetriebs zwei Darlehen in Höhe von zusammen 9,7 Mio. € an den Eigenbetrieb übertragen wurden.

Die nicht ausgeschöpfte Kreditermächtigung wurde nach 2011 übertragen.

2.2.5. Haushaltsunwirksame Vorgänge

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0	65,220	+65,220
	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0	76,072	+76,072

Bei den haushaltsunwirksamen Vorgängen handelt es sich um durchlaufende Gelder wie Umsatzsteuer, Liquiditätskredite und Mündelgeld sowie systembedingte Verrechnungsbuchungen der Gehaltsabrechnung.

Seit 2010 werden hier auch die Zahlungsströme städtischer Geldanlagen nachgewiesen. Im Berichtsjahr wurden rund 11,1 Mio. € (inkl. 1,1 Mio. € der unselbständigen Stiftungen) neu angelegt.

2.2.6. Zahlungsmittelbestand

Einschließlich einer Geldanlage von 10 Mio. € belief sich der rechnerische Zahlungsmittelbestand am Jahresende auf 67,9 Mio. €. Rechnet man die Geldanlage heraus, resultiert der in der Finanzrechnung ausgewiesene Endstand an Zahlungsmitteln von 57,9 Mio. €.

Unter Berücksichtigung des städtischen Liquiditätsverbundes ergibt sich durch den Kassenvorgriff in der Sonderrechnung Bahnstadt über 6,6 Mio. € ein tatsächlicher Kassenbestand in Höhe von 61,3 Mio. € (inkl. Geldanlage).

2.3. Schlussbilanz auf den 31.12.2010

Die vorläufige Schlussbilanz auf den 31.12.2010 ist als **Anlage 4** beigefügt. Das Gesamtergebnis des Ergebnishaushalts in Höhe von rund 71,9 Mio. € fließt in der Bilanz als Jahresüberschuss in die Position „Ergebnis“ auf der Passiv-Seite ein.

Nach Feststellung des Jahresabschlusses wird im Rahmen der Ergebnisverwendung in der nächstfolgenden Bilanz

- der Jahresüberschuss aus dem ordentlichen Ergebnis (43,2 Mio. €) der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses
 - der Jahresüberschuss aus dem außerordentlichen Ergebnis (Sonderergebnis) (28,7 Mio. €) der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses
- zugeführt. Dadurch können künftige Verluste beim ordentlichen Ergebnis bzw. Sonderergebnis ausgeglichen werden.

Dem ordentlichen Ergebnis 2010 mit 43,2 Mio. € stehen Vorbelastungen für künftige Jahre in Höhe von rund 6,2 Mio. € gegenüber:

- durch die Budgetabschlüsse der Teilhaushalte in Höhe von netto 5,1 Mio. €, die in der Ergebnisrechnung nicht gesondert dargestellt werden, sondern ggf. einen zusätzlichen Aufwand in den Folgejahren nach sich ziehen sowie
- die Bildung von Haushaltsresten im Ergebnishaushalt in Höhe von rund 1,1 Mio. €.

2.4. Zusammenfassung

Das Jahr 2010 war wie das Jahr 2009 ganz wesentlich von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen als Ausfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt; allerdings war in der 2. Jahreshälfte ein deutlicher und schnellerer Aufwärtstrend als zunächst prognostiziert spürbar. Mussten wir unterjährig noch mit negativen Ergebnissen rechnen, entwickelten sich im Jahresverlauf zahlreiche Ertragspositionen positiver als erwartet. Darüber hinaus entfiel mit der Verabschiedung der endgültigen Gemeindeordnung die Pflicht für Kommunen, Pensionsrückstellungen zu bilden. Deshalb konnten Aufwendungen der Jahre 2007-2009 „rückabgewickelt“ werden, was mit einer Verbesserung von 19,7 Mio. € zu Buche schlug.

So konnten wir nach einem negativen ordentlichen Ergebnis von 14 Mio. € in 2009 wiederum ein positives ordentliches Ergebnis von 43,2 Mio. € bzw. ein Sonderergebnis von 28,7 Mio. € erreichen. Das positive Sonderergebnis beruht auf Korrekturen im Anlagevermögen im Zuge der Prüfung der Eröffnungsbilanz.

Diese Beträge fließen in die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses bzw. des Sonderergebnisses ein und stehen für den Haushaltsausgleich künftiger Jahre zur Verfügung.

Insbesondere die Gewerbesteuer erwies sich wie in den Vorjahren und entgegen dem Landestrend als wichtige Stütze des städtischen Haushalts mit einem Ergebnis von 92 Mio. €. Ausschlaggebend für das positive ordentliche Ergebnis war darüber hinaus die Auflösung der in 2008 gebildeten Rückstellung im Rahmen des FAG (+21,8 Mio. €).

Obwohl insbesondere die Rückstellungen nicht mit Liquidität hinterlegt sind, gelang auch beim Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzhaushalt ein positives Ergebnis von 29,6 Mio. € (Plan 9 Mio. €).

Damit konnte der Ergebnishaushalt einen wichtigen und in dieser Höhe unterjährig noch nicht absehbaren Beitrag zur Finanzierung unserer Investitionen leisten.

Nach Abzug des Zahlungsmittelüberschusses aus dem Ergebnishaushalt ist im Ergebnis letztlich ein Finanzierungsmittelfehlbetrag i. H. v. (nur) 13,9 Mio. € (Plan 38,7 Mio. €) verblieben, der mit der Aufnahme von Krediten i. H. v. 18,4 Mio. € (Plan 27,2 Mio. €) gedeckt wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme die positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer noch nicht in diesem Umfang absehbar war. Daher musste unterjährig noch von einem größeren Finanzierungsmittelfehlbetrag ausgegangen werden; gleichzeitig wurde das niedrige Zinsniveau genutzt. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass im Zuge der Gründung des Eigenbetriebs zwei Darlehen in Höhe von zusammen 9,7 Mio. € an den Eigenbetrieb übertragen wurden.

Dadurch ist der Schuldenstand (unter Berücksichtigung von Tilgungen) von 158 Mio. € auf 164,4 Mio. € (Plan 181,4 Mio. €) angestiegen und der rechnerische Zahlungsmittelbestand (inkl. Geldanlage) hat sich um 1,3 Mio. € auf 67,9 Mio. € erhöht. Unter Berücksichtigung des städtischen Liquiditätsverbundes ergibt sich durch den Kassenvorgriff in der Sonderrechnung Bahnstadt über 6,6 Mio. € ein tatsächlicher Kassenbestand von 61,3 Mio. € (inkl. Geldanlage). Dieser wird ab 2011 zur Liquiditätssicherung zwingend benötigt.

gezeichnet

in Vertretung

Dr. Joachim Gerner